



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Studie zur Erforschung der regionalen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der andauernden Corona-Pandemie**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die andauernde Corona-Pandemie die gesamte Gesellschaft vor beispiellose Belastungen und Herausforderungen stellt und Frauen aufgrund vielfacher sozioökonomischer Faktoren besonders und gesondert von den Auswirkungen betroffen sind. Dadurch wurden bisherige Missstände in der Gleichstellung der Geschlechter teilweise sogar verschlimmert.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, welche die geschlechtsspezifischen Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Bayern auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen untersuchen sowie politische und gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten prüfen soll. Um zukünftig solchen Auswirkungen zulasten von Frauen vorzubeugen, sollen im nächsten Schritt Maßnahmen des Monitorings entwickelt werden, um geschlechtsspezifische Auswirkungen von staatlichen Entscheidungen stets zu prüfen und die entsprechenden Erkenntnisse in Handlungsmaßnahmen einfließen zu lassen.

### **Begründung:**

Die Corona-Pandemie hat unsere gesamte Gesellschaft auf Bewährungsprobe gesetzt. Beispiellose Hürden und zahlreiche Herausforderungen für Familien jeglicher Konstellation, den Staat, für die Wirtschaft, für das Bildungswesen, für das Gesundheitswesen und für viele weitere Bereiche prägten 2020 und werden uns weiterhin im Jahre 2021 verfolgen. Die im Raum stehende Gefahr einer Retraditionalisierung der Geschlechterrollen ist folglich über die Parteigrenzen hinweg bekannt, und über die drohende Retraditionalisierung der Frauen oder einen sogenannten Rollback der Geschlechterrollen wurde in politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kreisen intensiv diskutiert. Die Krise – aus der Pandemie entstanden – offenbart Probleme, die nicht durch die Krise geschaffen worden, aber durch die Krise deutlich gravierender geworden sind. Besonders belastete Branchen werden überwiegend von Frauen ausgeübt (Pflege, Kinderbetreuung, Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus). Dazu kommt das Problem der unbezahlten Care- und Pflegearbeit, die schon vor der Pandemie zum Großteil von Frauen getätigt wurde, sowie das weitreichende und andauernde Homeschooling. Zur Steigerung der häuslichen Gewalt gibt es bereits Studien und die Staatsregierung selbst verweist auf eine beunruhigende Dunkelziffer. Um die Lektionen, die uns diese Pandemie erteilt hat, effektiv aufzuarbeiten und im Rahmen zukünftiger Pandemien nicht die gleichen Fehler zu begehen, ist es unabdingbar, dass eine wissenschaftlich basierte, detaillierte Analyse der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie

durchgeführt wird. Nur so können gezielte und regional abgestimmte Maßnahmen ergriffen werden, die diese Missstände tatsächlich aufarbeiten und korrigieren. Die Staatsregierung soll mit einer Studie ihrer im Grundgesetz verankerten Verpflichtung, aktiv auf die Beseitigung bestehender Nachteile zwischen den Geschlechtern hinzuwirken, nachkommen.

Die Regierungsfraktionen haben im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie eine wissenschaftliche Begleitung befürwortet, um die Auswirkungen der Coronakrise zu erforschen, und dabei auf eine Förderbekanntmachung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Rahmen des BMAS-Fördernetzwerks Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung verwiesen. Laut den Regierungsfraktionen wäre es sinnvoll, mit der Durchführung einer Studie so lange zu warten, bis darüber entschieden worden sei, welche Forschungsvorhaben an bayerische Hochschulen vergeben worden sind. Inzwischen liegen die geförderten Projekte vor, und kein einziges wurde an bayerische Hochschulen vergeben. Auf erneute Nachfrage<sup>1</sup>, ob die Staatsregierung einen Bedarf für eine wissenschaftliche Begleitung zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie mit besonderem Schwerpunkt auf die regionale, bayerische Lage sieht, antwortet die Staatsregierung, dass der Bedarf einer regionalen Studie angesichts der globalen Auswirkungen zweifelhaft erscheine. Diese Pandemie bringt globale, europäische, nationale und regionale Auswirkungen mit sich. Auf Landesebene ist für eine effektive Aufarbeitung der Herausforderungen wichtig, die regionale, bayernspezifische Situation zu betrachten und auf entsprechende Datensätze und Analysen zurückgreifen zu können. Im bundesweiten Vergleich ergeben sich in Bayern viele regionale Besonderheiten, die für zukünftige politische Handlungen nicht außen vorgelassen werden dürfen, zum Beispiel deutlich strengere (landesspezifische) Regeln und seit Beginn der Pandemie stets höhere Infektionszahlen sowie Todesfälle. Zudem ist Bayern das größte Flächenland und hat die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen, die angesichts des inzwischen schier unmöglichen Spagats zwischen pandemiebedingtem Familienleben, Homeschooling und Berufsleben in der Krise besonders hart getroffen sind. Neben globalen Auswirkungen der Pandemie sind die Auswirkungen in unserer Region auch real und spürbar, wofür gesonderte, regionale Lösungen und politische Handlungen notwendig werden.

Auch andere Bundesländer sind den Schritt gegangen, die regionale Lage auszuwerten, um ein differenziertes Bild der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Pandemie auf die Frauen zu erhalten<sup>2</sup>.

Nur mit Hilfe wissenschaftlicher Studien und eines Monitorings können somit die Langzeiteffekte des Lockdowns auf Frauen abgeschätzt und politisch darauf reagiert werden. Erste Forschungsergebnisse können hierbei als Ausgangspunkt dienen. Die Studie soll dabei helfen, zu verstehen, welche Prozesse durch die unterschiedlichen Lockdowns und die Pandemie in Gang gesetzt wurden, welche Auswirkungen diese auf die Chancengerechtigkeit – vor allem in der Berufswelt – mit sich brachten und wie es allgemein um das Thema Gleichstellung in Zeiten von Corona gestellt ist. Daraus lassen sich dann konkrete politische Handlungsanweisungen ableiten.

---

<sup>1</sup> Anfrage der Abgeordneten Eva Lettenbauer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Plenum vom 08.12. – 10.12.2020 (Drs. 18/12041)

<sup>2</sup> Senat beschließt Bericht über Wissenschaftliche Studie zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Berlin – Berlin.de